

Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)
Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer monatlich 2,50 M., wochentlich 700 M., durch Boten bezogen 3,00 M., bei Postbezug 3,000 M. (ohne Verschlag). Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 125 M., Sonnabends 200 M. Alle Briefe freibleibend. Postfachkonto: Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Bäckerstraße 4. Für unentgeltliche Einwendungen wird f. Gewährt geleistet. Erfüllungsort: Merseburg.

Anzeigenpreis Der hochaltene Millimeter Zeitraum 75 M. und der hochaltene Millimeter Zeitraum 300 M. Die laufende Monatsausgabe wird vom Besucher auf kleine Anzeigen bei deren Aufgabe mit 200 M. in Zahlung genommen. Ziffergebühr 50 M. Wort besonders. Alle Briefe freibleibend. Anzeigen f. d. L. vormittags 10 Uhr. Besondere Nummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Valk

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 51

Donnerstag, den 1. März 1923.

163. Jahrgang.

Frankreich am Branger.

Das Ziel Poincarés.

Amsterdam, 28. Februar. Aus London wird gemeldet: Die weitere Debatte des Unterhauses über die Ruhrpolitik Frankreichs brachte neue sehr wichtige Feststellungen auf dem in England so beliebten Wege der kleinen Fragen und Antworten. Der Abgeordnete Simonin fragte unter Bezugnahme auf die letzten Besprechungen Poincarés und Poincarés, ob die britische Regierung irgendeine Sicherheit über das Ziel Frankreichs bei der Befreiung des Ruhrgebietes oder über den Betrag der Besatzung als Bedingung für den Rückzug verlange. Simonin erwiderte, daß der Betrag der Schuld im Jahre 1921 festgesetzt wurde und wies gleichzeitig auf eine frühere Erklärung hin, nach der England keine Sicherheit von Frankreich bekommen habe. Daraufhin fragte Simonin noch einmal:

„Ist die genannte Summe genügend, um der Bonar-Low gefagt hat, daß sie unmöglich gezahlt werden könne?“ Die liberale Antwort Bonars lautete: „Ja, wohl.“ Er gab damit also zu, daß Frankreichs Ziel die dauernde Befreiung des Ruhrgebietes sei, da es unmöglich ist, die Summe einzutreiben, die Frankreich als Pfand für die Räumung des Ruhrgebietes verlangt!

Bonar Low gab bekannt, daß Frankreich an der Ruhr eine Armee von 133.000 Mann

haben hat. Im weiteren Verlauf der Debatte teilte der Schatzkanzler mit, daß Deutschland insgesamt 1133 Millionen Goldmark an England gefagt habe. Schließlich fragte der bekannte Abgeordnete Wedgwood, ob die Darstellung Poincarés richtig ist, nach der die Gemeinden des besetzten Gebietes gezwungen würden, deutsche Frauen zur Instandhaltung von Bordellen zu stellen und sie damit verbunden Ausgaben zu betreiben, um eine derartige Vereinbarung in der britischen Zone abzuschließen. Der Minister antwortete auf die erste Frage mit ja, auf die zweite mit nein. Die Botschaft in der britischen Zone seien nicht für die Truppen zugänglich.

Die liberale Presse Londons fährt fort, die Regierungspolitik als unwirksam zur Sicherung des europäischen Friedens zu kennzeichnen. Namentlich Daily Chronicle sagt keine heftigen Angriffe gegen Bonar Low fort. Die Beschlagnahme der Weisungen und das durch Frankreich wird als eine gegen den Verbündeten gerichtete Maßnahme bezeichnet. Viel Achtung schenken die Franzosen vor Bonar Low nicht mehr zu haben.

Das Mordgefindel in Bochum.

Die gesamte Stadt umspant.

Bochum, 28. Febr. Nachdem die Franzosen die gesamte Polizei entwaffnet und verhaftet hatten, besetzten sie heute vormittags 10 Uhr den Hauptbahnhof und die Nebenbahnhöfe. Es darf niemand hinein und heraus. Am Schanze des Hauptbahnhofes wurden einige Beamte festgenommen und darauf die Kasse beschlagnahmt. Gleichzeitig wurde das Hauptpostamt ebenfalls völlig abgesperrt, besonders in den Straßen, wo sich die Polizeiwachen und öffentlichen Anstalten befinden. Die Absperrung ist besonders streng. Führer und Straßenbahnen verkehren nicht in der Umgebung der Stadt. Man nimmt an, daß die Franzosen gerade am Monatsende die Kassen der Eisenbahn und der Post, ferner des Hauptpostamtes besetzt haben, weil sie annehmen, viele zur Gehaltszahlung bestimmten Gelder beschlagnahmen zu können. Alle Läden sind nun schon seit Tagen geschlossen. Der gesamte Geschäftsverkehr ruht. Die Hausfrauen wissen nicht, wo sie ihre Lebensmittel einkaufen sollen.

Maschinengewehre sind aufgestellt.

Die neuen Maßnahmen in Bochum stellen eine systematische und raffinierte durchgeführte Hungerblockade die gesamte Bevölkerung zählenden Bevölkerung dar. Für die gesamte Bevölkerung bedeutet die neuen britischen Maßnahmen eine Lebensbedrohung. Die zahllosen Zweifelhäuser, in denen überarbeitete Arbeiter, Angestellte und Beamte ihre Wohnstellen einnehmen pflegen, müssen auf Anordnung der Besatzungsbehörden geschlossen bleiben. Zur Durchführung der Maßnahmen sind zahlreiche Tanks und große Truppenmärsche aufgestellt. Die Wasserwerke kein Brot backen, noch weniger verkaufen. Durch diese Blockade sind Tausende arbeitslos. Nicht einmal in Frankenanlagen wurden in das abgeperrte Gebiet gelassen.

Zwei Direktoren verhaftet.

Bochum, 28. Februar. In dem Verwaltungsgebäude der Maschinenbau-A.G. Balde fand eine Konferenz von Direktoren der Maschinenindustrie des Bochumer Bezirks statt, um die Maßnahmen zur Instandhaltung der Betriebe und zur Sicherstellung der Arbeiter zu beraten. Pöhlisch erschien ein großes französisches Truppenangebot mit Tanks und Berre der Häuserfriede. Eine Abteilung drang in das Verwaltungsgebäude ein und verhaftete die zwei an der Beratung teilnehmenden Herren, darunter befanden sich u. a. von der Maschinenbau-A.G. Balde Generaldirektor Hans Balde, Direktor und Ingenieur Balde, Direktor Schumacher, Direktor Obergünther Alwiler, ferner Fabrikbesitzer Eichhorst und Fabrikbesitzer Diplomingenieur Dreher.

Über die Ausweisung von Leihenden Besatzung in Bochum wird gemeldet: Infolge ihrer Haltung gegenüber den französischen Maßnahmen und wegen ihrer Teilnahme an der Protestkundgebung gegen die Ausweisung des Landrats und Abgeordneten Lönnberg und des Regierungsdirektors Dr. Greig wurde eine Anzahl Verhaftungen gefasst. Einmalig wurde nach unzulässiger Behandlung ohne Untersuchung über die Verhaftung des besetzten Gebietes gebracht. Die Verhaftungen wurden in völlig dunkler, von aller Zutrittshilfe abgetrennter Kellerräume abgeführt und mußten in Treier in einem kleinen Wartezimmer schlafen. Einmalig wurde auf die Nachfrist von seiner Ausweisung ebenfalls von Berlin nach Weimar zurückgeführt, um gegen die Maßnahme zu protestieren, gegebenenfalls sich verhalten zu lassen. Er erklärte, nur der Gewalt weichen zu wollen, worauf er verhaftet und in den besetzten Bereich nach Treier gebracht wurde. Beide Transporte wurden von einer Schwadron, Spahis überwacht.

Die Sperrung des Bochumer Geschäftsbereichs ist von den Franzosen geteilt wieder aufgehoben worden. Auf verschiedenen Plätzen der inneren Stadt befinden sich jedoch noch starke Bataillone.

Reiße und Revolver - Frankreichs Waffe. Unsere Abwehr? Das Deutsche Volkspolster für Ruhr u. Rhein!

Verhängnisvolle Provatationen treiben die Franzosen. Wie bei den Duisburger Tabakfabriken haben die Besatzungsbehörden jetzt auch in Düsseldorf bei der Aquarettenfabrik Binquin verlust. Steuern einzuziehen. Es handelt sich um den Betrag von 350 Millionen Mark, dessen Abführung an die französische Zollbehörde von der Direktion der Fabrik verweigert wurde. Daraufhin haben die Franzosen sämtliche Tabak- und Zigarettenvorräte beschlagnahmt, weshalb der Betrieb der Fabrik eingestellt werden mußte.

Die Erzeugung unter der Arbeiterkraft ist ungeschwer, da sie jetzt drohtlos geworden ist.

Vorher schon hatte die Aquarettenfabrik, Rhinel Aktiengesellschaft in Düsseldorf das gleiche Schicksal erlitten. Die Angst der Franzosen auf die Schuppobanten acht weiter. Aus Furcht wird berichtet, daß am Mittwoch feil um 3 Uhr französische Soldaten auf dem Fernschicht den Strom sperrten, worauf sie unter Aufgebot von Tanks vor die Quartiere der Schuppobanten rückten und dort, wie auch auf der Wache, die Beamten verhaften. Danach wurden sie in der Stadt nach dem dort dienenden Kriminalbeamten.

Um 70 der in der Nähe am Mittwoch vormittags verhafteten Polizeibeamten sind im Laufe des Tages unter Aufgebot von Tanks und Kanallerie nach Wolf gebracht und dort ausgeliefert worden. Die in Westfalen ausgewählten Beamten der Schuppobanten, etwa 250, sind in Essen ausgeliefert worden. Die Polizeioffiziere werden in Bredeley zurückgehalten. In Bochum sind außer den am Mittwoch morgen erfolgten Verhaftung von Teilen der Schuppobanten weiter die Polizeimajore Koch und Seeger, sowie der Polizeirat Greig festgenommen und gefesselt abtransportiert worden. Auf der Reichsbahn beschlagnahmten die Franzosen 50 Millionen Mark, auf der Post neun Millionen.

Die französischen Methoden.

Man schreibt uns aus D.: Als die Franzosen größere Quartiere in D. belegen wollten, beschlagnahmten sie auch das Säuglingsheim! Darob beschwerte sich der Betriebsausschuß der Zeche Schamrock 12. Der französische Kommandant lud nun den Betriebsausschuß zu einer Besprechung und „Aufklärung“ ein. Drei Mitglieder folgten der Aufforderung, erklärten aber die begleitenden Erbauung, daß die Beschlagnahme mit ihrer eigenen Karte und in dem besetzten Gebiet der Gewerkschaften gegenüber anders „benutzen“. Außerdem wäre für die deutschen Arbeiter durch Sozialerziehung für Frankreich, Unfall und Alter gefahrt, während derartige Einrichtungen in Frankreich nicht beständen. Der Oberst wurde darauf nur zu entgehen, daß von Seiten Frankreichs nicht beabsichtigt sei, die hier vorhandenen Einrichtungen der Arbeiter zu zerstören. Was wiederum mit einem merkwürdigen Schluß quittiert wurde.

Dann begann der Oberst das alte Lied, die Franzosen können als Freunde der Arbeiter, um diese vor den deutschen Hauptstätten zu befreien. Die Arbeiter sollten das beherzigen. Die Mitglieder des Betriebsausschusses konnten sich eines Pöhlens nicht enthalten. Sie beletzten den Oberst und wiesen ihn u. a. darauf hin, daß die Gewerkschaften die Meoalition gleichberechtigte Verhandlungsparteien seien wie die Unternehmer, daß das in Frankreich aber keineswegs der Fall sei. Im Saarbergbau hätten die Franzosen die Gewerkschaftsführer ausgewiesen. Wenn die Franzosen in arbeitertreuendlich seien, sollten sie sich zunächst einmal im eigenen Lande und in den besetzten Gebieten der Gewerkschaften gegenüber anders „benutzen“. Außerdem wäre für die deutschen Arbeiter durch Sozialerziehung für Frankreich, Unfall und Alter gefahrt, während derartige Einrichtungen in Frankreich nicht beständen. Der Oberst wurde darauf nur zu entgehen, daß von Seiten Frankreichs nicht beabsichtigt sei, die hier vorhandenen Einrichtungen der Arbeiter zu zerstören. Was wiederum mit einem merkwürdigen Schluß quittiert wurde.

Dann verfuhr der Oberst mit dem deutschen Namen vieler den Gemäch der Franzosen zu begründen und hatte dabei das Unglück, zu behaupten, er sei notwendig geworden, weil Norddeutschland noch nicht wieder aufgebaut sei. Darauf erklärten ihm die Arbeitervertreter, daß das ihres Wissens der Schuld Frankreichs sei, wenn es auch nicht ausgeschlossen erscheine, daß auch deutsche Kapitalisten etwa daran mitschuldig seien. Der Oberst vergaß jedoch, daß die deutschen Arbeitervereine Organisationen sich wiederholt erboten hätten, für den Wiederaufbau, auch durch deutsche Arbeiter, Sorge zu tragen. Jedoch sei dieses Angebot von französischer Seite immer glatt abgewiesen worden.

Der Herr Oberst mußte darauf nichts zu erwidern, sondern fuhr fort in seinen „Beneidungen“ der Wiederaufbau verweigere sich wegen der planmäßigen Zerstörung des französischen Industriegebietes. Darauf wurde ihm von Seiten der Arbeitervertreter ganz richtig erklärt, französische und englische Granaten hätten die industriellen Anlagen genau so getroffen, wie die deutschen Granaten. Für die Zerstörung Deutschland allein verantwortlich zu machen, wäre ungerecht. Keinesfalls könnte darin ein Grund für die militärische Besetzung gefunden werden. Namentlich wäre es den Arbeitern unfair, weshalb Industrielle Schadenfällige durch gewaltige Truppenmassen mitbringen müßten, um die deutschen Verhältnissen zu studieren.

Der Herr Oberst war am Ende mit seinem Latein, sondern fuhr fort in seinen „Beneidungen“ der Wiederaufbau verweigere sich wegen der planmäßigen Zerstörung des französischen Industriegebietes. Darauf wurde ihm von Seiten der Arbeitervertreter ganz richtig erklärt, französische und englische Granaten hätten die industriellen Anlagen genau so getroffen, wie die deutschen Granaten. Für die Zerstörung Deutschland allein verantwortlich zu machen, wäre ungerecht. Keinesfalls könnte darin ein Grund für die militärische Besetzung gefunden werden. Namentlich wäre es den Arbeitern unfair, weshalb Industrielle Schadenfällige durch gewaltige Truppenmassen mitbringen müßten, um die deutschen Verhältnissen zu studieren.

Am Schluß der Verhandlung verließen die Arbeitervertreter den Herrn Oberst katechistisch, sie hätten nur ungen unter deutschen Bajonetten gearbeitet und wären auch in den Streit getreten; französische Bajonette aber würden sie immermehr zur Arbeit zwingen. Damit endete die Verhandlung.

Was die Ruhrarbeiter am meisten erbittet, das ist, daß die Franzosen glauben, mit Speck und Schmalz könnten sie die deutschen Arbeiter gewinnen, so wie man die Schwarzen in Afrika mit bunten Beigen und Glasperlen betrügen kann.

Beilage zu Nr. 51 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 1. März 1923

Die Kosten der Rheinlandbesetzung.

Die Kosten zerfallen in zwei Teile:
 a) Ausgaben der Besatzungsmächte für ihre Besatzungstruppen,
 b) Ausgaben, die dem deutschen Reich durch Leistungen für die internationalisierte Rheinlandschmittmission und die Besatzungsarmeen des Rheinlandes erwachsen.
 Zum Punkt a) sind den Besatzungsmächten nach den eigenen amtlichen Mitteilungen Ausgaben für ihre Besatzungsarmeen in folgender Höhe entstanden:

Zeitraum: 11. November 1918 bis 30. April 1921:	
Frankreich	1 042 749 136,29 Goldmark.
England	901 458 834,50 Goldmark.
Belgien	177 644 055,12 Goldmark.
Italien	10 652 166,94 Goldmark.
Amerika	1 010 614 173,53 Goldmark.
Gesamtsumme	3 142 518 366,38 Goldmark.
Zeitraum: 1. Mai 1921 bis 30. April 1922:	
Frankreich	164 160 011,96 Goldmark.
England	10 786 860,21 Goldmark.
Belgien	35 644 132,54 Goldmark.
Amerika	56 159 931,27 Goldmark.
Gesamtsumme	266 750 935,78 Goldmark.

Für den Zeitraum vom 1. Mai 1922 bis zum Jahresende 1922 liegt bisher noch kein amtliches Material vor. Nach oberflächlicher Schätzung glaubt man mit einer Ausgabe von 200 Millionen Goldmark rechnen zu müssen. Demnach werden die Gesamtangaben der Besatzungsmächte für ihre Truppen ungefähr 3,6 Milliarden Goldmark ausmachen.

Hierzu kommen die unter b) angeführten Kosten. Sie setzen sich zusammen aus Ausgaben für:

1. Die internationalisierte Rheinlandschmittmission.
2. Unterhaltung der Besatzungstruppen, Requisitionen, die Errichtung von Bordellen, Soldatenheimen, die Beschaffung landwirtschaftlicher Flächen für Aupläze, die Kosten für freie Benutzung von Theatern, für die Einuactierung der Besatzung und die Kosten für die Lieferung von Verpflegung usw.
3. Grundstücksverwertungen für Neubauten und Anlagen.
4. Instandhaltung der Bauhallsteine.
5. Beschaffung und Unterhalt der Einrichtungsgegenstände.
6. Betriebskosten (Heizung usw.).
7. Geschäftsbedürfnisse.
8. Post-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren.
9. Transport- und Sachleistungen der Eisenbahnerverwaltung.

Die Ausgaben für alle diese unter b) genannten Kosten hatten folgende Höhe:

Zeitraum: 11. November 1918 bis 30. April 1921: 8,24 Milliarden Papiermark.
 Zeitraum: 1. Mai 1921 bis 30. April 1922: 6,38 Milliarden Papiermark.
 Zeitraum: 1. Mai 1922 bis 30. September 1922: 10,21 Milliarden Papiermark, insgesamt also: 24,8 Milliarden Papiermark.

Diese Summe gibt noch infolgedessen ein ungenaues Bild, als bei ihr der rückgängige Wert der Mark keine Berücksichtigung gefunden hätte, der natürlich vom 11. November 1918 bis 30. April 1922 bedeutend höher war als heute. Zusammengekommen ergibt sich, daß für die Besatzungsarmeen im Rheinland seit dem Waffenstillstand bis Ende Dezember 1922 mindestens 5 Goldmarken aufgebracht werden mußten. Die Ausgaben für die Besatzung weiterer deutscher Gebiete (Duisburg, Düsseldorf und Aachen) sind in dieser Summe nicht enthalten.

Es ist ausgerechnet worden, daß jede Kompanie Einheitenstruppen am Rhein durch die von ihr verursachten Kosten jährlich den Wiederaufbau eines französischen Dorfes verhindert.

Im Gegensatz zu dem Luxus der Rheinbesetzung ist Tatsache, daß ein Sechstel des deutschen Volkes ganz oder teilweise auf öffentliche Unterhaltungen angewiesen ist.

Minister kehren gegen die Linke.

Erklärung des Herrsecrets.

Berlin, 27. Febr.

Bei der zweiten Sitzung des Staats des Reichsministeriums im Reichstag behauptet Abg. Bedebour (b. l. F.), daß die Reichswehr weiter Fühlung mit Organisationsparteien habe. Reichsminister (Soz.) verlangt vom Wehrminister eine offene Erklärung, ob noch immer Verbindungen von Offizieren zu verbotenen Organisationen bestehen.

Wehrschweiger Dr. Götter erklärt, die Besetzung des Ruhrgebietes habe ein Recht darauf, daß wir nicht in ihrem Rücken einen tödlichen deutschen Streit entstehen lassen, u. daß ihr nicht Schwäger und Ströbenten in den Rücken fallen. Es ist richtig, daß von gewissen Kreisen alle möglichen Kriegsgefahren ausgeht werden. Aber auch von verantwortlichen Kreisen der Linken. Von Rußland kann dem deutschen Proletariat keine nennenswerte Hilfe kommen. Es kommt nicht nur auf Waffen, sondern auch auf Nahrungsmittel an. Der Wehrminister hielt die Agitation, die jetzt in Deutschland, vor allem in Arbeiterkreisen mit der russischen Hilfe getrieben werde, für sehr bedenklich. Die Hebernahme der Verbände sei Sache der politischen Polizei. Der Minister erwidert Einzelmaterial und stellt fest, daß von zehn vorgebrachten Sachen neun unzutreffend seien. Von der Reichswehr müsse unbedingt mit Hilfe russischer Behörden verlangt werden. Alle die beanstandeten Organisationen werden immer wieder bedrückt mit der sogenannten Gefahr eines Putzsches von links (Zurück links: Die ist doch nicht ernst zu nehmen). Der Ansicht bin ich auch. Die Linke sollte vorsichtiger sein und der Rechten

nicht Material liefern. Wenn Herr Bedebour das Proletariat auffordert, in Deutschland die Macht zu ergreifen, dann können sie sich nicht wundern, wenn das Bürgerium sich wehrt. In Rußland haben die Kommunisten ja auch vom legalistischen Ministerium die Aufhebung des Ausnahmestandes verlangt, damit sie die Revolution machen könnten. Das Bürgerium läßt sich doch nicht abschlagen. Eine Fortsetzung ist nur möglich auf dem Boden der Verfassung. Von einer internationalen Verständigung der Arbeiterchaft sei wenig zu erhoffen. Wir kommen nur weiter, wenn die Tugenden wieder entwidelt werden, die das deutsche Bürgertum in seinen großen Zeiten gezeigt hat. (Beifall.)

Abg. v. Gailwitz (Dittl.): Ich habe das Wort erbeten, um gegenüber den vielen schiefen Urteilen, Verdächtigungen und Aufforderungen zur Verfolgung die in letzter Zeit gegen die nationalen Verbände und Selbsthilfsorganisationen in und außerhalb dieses Landes erhoben sind, unter dieses Breiten und Rußland zum Ausdruck zu bringen. Wir schätzen die Bedeutung und die Ziele unserer nationalen Verbände anders ein und sind überzeugt, daß sie lediglich vaterländischen Zwecken und dem Schutz und der Erhaltung dienen. Dies näher auszuführen, behalten wir uns vor für einen Antrag, den wir zu stellen beabsichtigen zu den sogenannten Schutzgeboten, die in den Boden für die Verfolgung der Verbände abgeben.

Nach weiteren Reden der Abg. Frölich (Komm.) und Bedebour (b. l. F.) schließt die allgemeine Aussprache. Nach kurzer Einzelberatung wird der Herrsecreat erledigt.

Der Landtag gegen die neue Getreidemenge.

Im Landtag wurde am Dienstag die Aussprache über die fortwährenden Ausgaben des landwirtschaftlichen Staats zu Ende geführt, ohne daß wesentlich neue Gesichtspunkte vorgebracht wurden. In einer großen Reihe von Abänderungen wurde über etwa 70 Entschlüssenanträge beschlossen. Die Anträge des Hauptausschusses betr. die Verfassung wegen Nichtablieferung von Umlagegetreide und die Bezahung desselben wurden mit den Stimmen sämtlicher Parteien angenommen. Ein demokratischer Antrag, dahingehend, falls eine Getreidemenge auch im kommenden Wirtschaftsjahre noch notwendig werden sollte, die Breite zu festzusetzen, daß sie die Produktionskosten decken, wurde mit 120 gegen 104 Stimmen abgelehnt, dagegen ein Antrag des Hauptausschusses angenommen, auf die Reichsregierung einzugehen, daß von jeder weiteren Umlage in Getreide Abhand genommen werde. Zum Gegenstück betr. den Austausch von Strohstoff gegen Getreide im Wirtschaftsjahre 1923-24 wurde ein Veranschlagungsantrag, von jedem Austausch abzugeben, angenommen. Zu derselben Frage wurde ein Zentrumsantrag auf Sicherstellung des Strohstoffbedarfes durch Erhöhung der Inlandsproduktion angenommen; ein weiterer Zentrumsantrag auf unverzügliche Herausgabe eines auf die Domänenentnahmen gegründeten überbehaltenden Rates — Roggenrentendirekte — wurde dem Land-



wirtschaftlichen Ausschuss überwiesen. Weiter gelangten zur Annahme Anträge wegen Freigabe der Ruderwirtschaft, Befreiung der Besetzung des Landesbesitzes und wegen gegenseitiger Sanftionierung der Anwerbestellen. Zu namentlicher Abstimmung wurde ein demotografischer Antrag, die schädliche Redensart nicht auf die Größe eines wirtschaftlichen Betriebes, sondern so hoch festzusetzen, wie es ein normaler bäuerlicher Familienbetrieb erfordert, mit 191 gegen 46 Stimmen angenommen. Kommunale Anträge auf Entziehung des Großgrundbesitzes und Auflösung der Technischen Hochschulen wurden abgelehnt. Schließlich wurde noch der Antrag der Deutschen Volkspartei auf Befreiung einer Referentin im landwirtschaftlichen Ministerium angenommen.

Politische Rundschau

Die Freisprechung des Kapitänleutnant von Killinger vom Reichsgericht bestätigt.

Als Märders des Reichstagsabgeordneten Erbberger, der am 26. August 1921 bei Griesbach durch Schüsse getötet wurde, sind seiner Zeit der Kaufmann Heinrich Schulz aus Saalfeld und der Oberleutnant zur See a. D. Tilleßen, der Bruder des im Reichsausschusses wegen Unterlassung der Anzeige des mit verurteilten Deutmanns Tilleßen, ermittelt worden. Beide sind bald nach der Tat geflohen. Gegen Kapitänleutnant Manfred von Killinger ist nachträglich Anklage wegen Begünstigung der Märders erhoben worden. Das Schöffengericht Eisenburg, vor dem die Sache zur Verhandlung kam, sah nicht für erwiesen an, daß Killinger von der Tat des Schulz und des Tilleßen Kenntnis gehabt hat, als er mit ihnen verkehrte und ihre Stoffe in seiner Wohnung unterstellte. Das zum größten Teil von Arbeitern vertreten besetzte Schöffengericht erkannte deshalb am 13. Juni 1922 auf Freisprechung des Angeklagten.

Wegen das freisprechende Urteil hatte die badische Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht eingelegt. Die Revision, die die unrichtigste Besetzung der Geschworenensicht richtete und auch die Fragestellung bemängelte, stand auf so schwachen Füßen, daß sie nicht einmal von der Reichsanwaltschaft unterstützt wurde. Unter anderem behauptete sie, es sei deshalb zu einem Freispruch gekommen, weil die Geschworenen gefragt worden sind, ob Killinger den Tätern keinen „Beistand“ zu der Tat ausgesetzt habe; die Frage aber auf Begünstigung hätte lauten müssen. — Der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Vitzgrube, beantragte gleich dem Reichsanwalt die Zurückweisung der Revision. Der Erste Senat des Reichsgerichts hat dem entsprechend erkannt und die Revision der badischen Staatsanwaltschaft verworfen.

Nahrungsfragen.

Die Nahrungsfrage der Deutschen Ostasiens hat außer anderen Beträgen noch folgende namhafte Beträge ergeben: 506 Pfund Sterling aus Peking, 250 Pfund aus Hankow 380 Dollar Gold aus Changsha, 150 Pfund Sterl. aus Peking, 130 Pfund Sterling aus Harbin, und 300 Pfund Sterling als zweite Spende aus Peking; ferner 630 Pfund Sterling aus Kobe und 5000 Yen aus Tokio; der Gesamtbetrag der Nahrungsfrage der Ostasiens-Deutschen erreicht damit fast 6000 Pfund Sterling (fast 1 Milliarde Mark).

Ferner ist eingegangen aus einer Sammlung der Deutschen in Wladiburg 500 Gulden (2 700 000 Mark), aus einer

Sammlung in Petersburg 2300 000 Mark und 5 Dollar sowie 11 englische Pfund; aus Glasgow 1 1/2 Millionen Mark, aus Sammlungen in der Tschechoslowakei weitere 20 Millionen Mark (nach früheren 27 1/2 Millionen); aus einer Sammlung des Erzbischofs in Eger 19 000 000 Mark, worin eine Spende des Stadtrats in Eger von 1 Million Mark enthalten ist, aus Sammlungen in Wien und 39 Millionen Kronen.

Aus einer Sammlung der Reichsbader Zeitung wurden dem Oberbürgermeister von Berlin zugunsten nothleidender Kinder weitere 36 Millionen Mark überwiesen.

Von der Bevölkerung des Rheingebietes sind bisher 1 Million 600 000 Mark für die Nothilfe eingegangen.

Die Newark Quarter Collection, die schon seit zwei Jahren in Vindensfeld in Hessen ein Erholungsheim für unterernährte Kinder unterhält, hat telegraphisch 2 Millionen Mark als Nothilfe dem Reichsfinanzler überwiesen. Herr und Frau Ledner, Brodthm, übersandten 100 Dollar für die Nothleidenden im Rhein- und Ruhrgebiet.

Vord Curzon über die Weltlage.

London, 28. Februar. Lord Curzon sprach am Dienstag Abend über die politische Lage. In großen Zügen entwarf er ein Bild der allgemeinen Weltlage, das voller Hoffnung war in bezug auf England, die Türkei, Polen und die Tschechoslowakei, Österreich und Italien. Es gäbe aber auch schwere Gefahren auf der internationalen Weltkarte: Rußland, der nahe Osten und schließlich die Ruhr. England sei in allen Teilen der Welt von langwierigen und unwillkommenen Aufgaben in Anspruch genommen, in gefährliche und schwierige Verwicklungen und ließe im Ruhrgebiet einer schweren und bevorstehenden Krise gegenüber, die das Wirtschaftsleben der Welt schwer trübe und gefährliche Nothörungen auf soziale und industrielle Probleme auslöse. Er glaube, daß die öffentliche Meinung Englands die britische Politik in der Nahrungsfrage verhebe und unterstütze und mit der Regierung darin übereinstimme, daß der französische Einmarsch in das Ruhrgebiet, ob mit Recht oder Unrecht, auf jeden Fall unklar war, und daß England auf dem richtigen Wege sei, wenn es seine Kräfte solange wie möglich am Rhein belasse, da England ebenso wie andere Mächte an der Lösung des Reparationsproblems interessiert sei. Die Lösung sei nicht Frankreich, Belgien und Italien allein vorbehalten; sie sei ein internationales Problem und er glaube und hoffe, daß die Lösung durch eine internationale Unternehmung erfolgen werde.

Nach Wilnaer Mörder.

Warschau, 28. Februar. Zu dem von Polen befehligten Teile der neutralen Zone herrscht Ruhe. Dagegen ist es in dem litauisch gebietenen Teile zu Erhebungen durch politische Ausschüsse gekommen. In regierungsoffiziösen Darstellungen wird berichtet, daß es sich dabei um lokale Kämpfe ohne irgendwelche Bedeutung handle. Dagegen lassen sich die rechtsparlamentarischen Blätter melden, daß es sich um eine regelrechte politische Aufstandsbewegung handle mit dem Ziele, die polnischen Erbschaften des Litauen angetreten Gebiets nicht von Polen abtrennen zu lassen.

190 000 Arbeitslose in der Tschechoslowakei.

Prag, 28. Februar. Im Abgeordnetenhause wurde bei der Verhandlung der Interpellation über die Wirtschaftskrise mitgeteilt, daß die Zahl der Arbeitslosen im Januar dieses Jahres 190 000 betrug.

Annahme des tschechischen Republik-Staatsgesetzes.

Prag, 28. Februar. Das Sondergesetz zum Schutze der Republik wurde mit einigen Änderungen, welche insbesondere eine Erleichterung für die Presse betreffen, vom Ausschuss angenommen und wird in voraussichtlich scharfer Opposition der Märders in im Abgeordnetenhause zur Beratung kommen.

Bunte Zeitung

Moralisch.

Der Westfale hat auch Humor. Dafür das folgende Lied, das in den ersten Wochen der Ruhrbesetzung in tausenden von Exemplaren von Hand zu Hand ging:

Wohlfahrt der Elie

Wo ich ganz doll auf Rolle

Soll ich mich selber haben,

Dann frägt sich was auf Baden!

Franzmann kam wie besessen

Mit Schießgewehr nach Essen,

Aufschuß vor dem Schindlar,

Da hatte dem Salat!

Wenn Franzmann fährt auf Metten,

Zu ihm dann Zug entlassen,

Wenn Franzmann sagt: „Ich bin“,

Macht Essenbahn nicht mit!

Nach Ruhr kam er gegangen

Und will sich Kollen fangen,

Da frägt sich Ruhr Franzos,

Das macht ihm was in Hos!

Oh Franzmann frägt hier Kollen,

Soll ihm der Deibel hollen,

Dann Kumpel bleib zu Haus

Und laß dich Franzmann aus!

Deute singt der Westfale seine Spottlieder mehr. Auf und daß wirgen ihn zu sehr in der Hehle. Das nächste Lied, das er singt, wird bestimmt nach einer anderen Melodie gehen, die den Franzosen verflucht unangenehm in den Ohren klingen wird.

Wärdter, die sich selbst betrauen.

Ein ergötzlicher Vorfall wird aus Nairobi, der Hauptstadt der britisch-ostafrikanischen Provinz Mombasa, gemeldet. In einem der Berglandsbezirke der Kolonie wirt der dort praktizierende Arzt als Wärdter bei den Verhandlungen des Polizeigerichts. Der Wärdter und er selbst hatten sich nun eines Verstoßes gegen die Polizeigerichtsordnung schuldig gemacht, da sie abends nach gefahren waren, ohne die Patrone anzuzünden. Sie beschloßen, ein freigeses Exemplar aufzutheilen, wobei festgelegt wurde, daß der eine über den anderen zu Gericht sitzen solle. Zuerst verhandelte der Wärdter in der Strafsache gegen den Arzt und verurteilte ihn zu fünf Rupeen Geldstrafe. Dann kam die Reihe des Wärdterprügens an den Arzt, der nach dem Verhör des Angeklagten Wärdters diesen zu 30 Rupeen Strafe verurteilte. „Ich muß Ihnen eine hohe Strafe auferlegen, erklärte er bei der Urteilsverkündung, „in der Hoffnung, dadurch einem Unfälle auszuweichen droht. Ist es doch heute schon zum zweiten Male, daß sich das Gericht mit dem Verhör gegen die Polizeigerichtsordnung, die das Fahren ohne Licht in den Abendstunden verbietet, beschuldigen muß.“